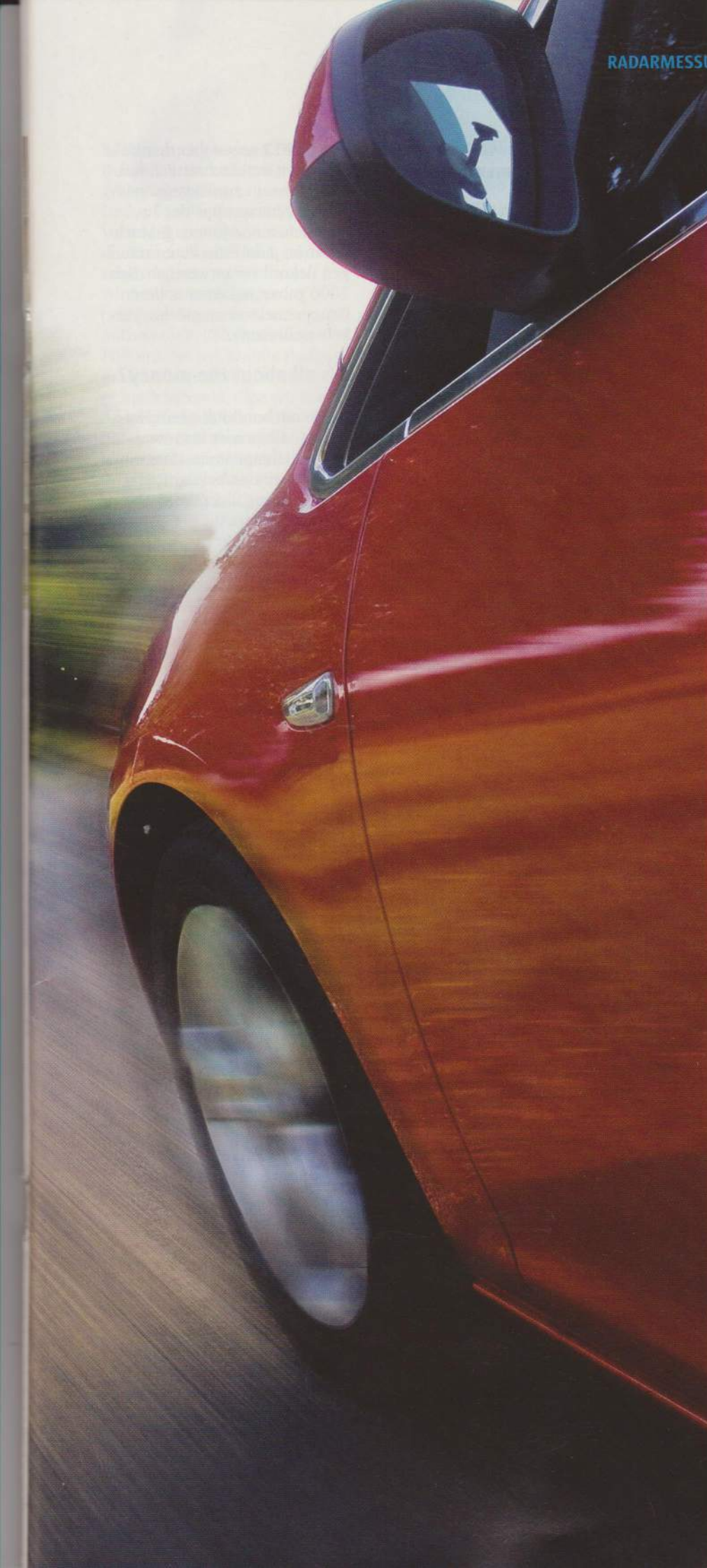


Radarüberwachung durch Gemeinden

Need statt Speed

Überhöhte Geschwindigkeit ist die häufigste Ursache für Straßenverkehrsunfälle mit Todesfolge. Zwei Drittel aller Unfälle ereignen sich im Ortsgebiet mit teils fatalen Folgen. Lange waren Gemeinden bei Rasern die Hände gebunden. Das Innenministerium kündigte nun an, dass Gemeinden wieder blitzen dürfen.

A close-up, low-angle photograph of a red car's side mirror and front fender. The car is in motion, as indicated by the blurred background. The mirror is black and reflects the sky and a person. The car's body is a vibrant red color.

Katharina Lehner

Rasen im Ortsgebiet ist in vielen Gemeinden ein drängendes Problem. Seit 2008 dürfen Gemeinden jedoch keine Geschwindigkeitsmessungen mehr durchführen. Der Verfassungsgerichtshof hatte in zwei Entscheidungen den Einsatz der Radarüberwachung und der videogestützten Geschwindigkeits- und Abstandsmessung durch Gemeinden für rechtswidrig erklärt. Nach einer Ankündigung von Bundesinnenministerin Johanna Mikl-Leitner Mitte April soll es den Gemeinden bald wieder erlaubt sein, die Geschwindigkeit auf ihren Straßen zu überwachen.

Kooperation von Gemeinde und Polizei

Der Vorschlag beinhaltet, dass Gemeinden Verkehrssicherheitskonzepte erarbeiten und neuralgische Punkte festlegen, die künftig mit einem Radargerät überwacht werden sollen. Die zuständige Verkehrsbehörde prüft und genehmigt das Konzept. Voraussetzung ist jedoch, dass die Gemeinden selbst die nötigen Geräte und Infrastruktur am Standort anschaffen. Der Betrieb und die Abarbeitung der Strafanzeigen wird von den zuständigen Behörden, Polizei und Bezirkshauptmannschaft, geregelt. Die Einnahmen aus den Strafanzeigen sollen vorrangig an die Straßenerhalter zurückfließen. „Der entscheidende Punkt ist diesmal die Kooperation mit der Polizei“, hält Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer fest, der den Vorstoß der Innenministerin begrüßt.

Ein Wunsch wird wahr

Die Gemeinden reagieren durchwegs positiv auf den Vorstoß. „Ich persönlich finde es sehr gut, dass Gemeinden jetzt wieder die Möglichkeit haben sollen, Radarüberwachungen durchzuführen. Die Polizei hat in der →

Vergangenheit einfach nicht das Personal und die Ressourcen gehabt, flächendeckend und regelmäßig zu überwachen“, so Franz Lindner, Amtsleiter der oberösterreichischen Gemeinde Attnang-Puchheim.

Schließlich hat wohl fast jede Gemeinde Schwierigkeiten mit Rasern im Ortsgebiet. Die Bürger beschwerten sich zu Recht, den Gemeinden fehlte jedoch bis jetzt eine schlagkräftige Handhabe. „In unserer Gemeinde gibt es laufend Beschwerden, dass vor allem in Siedlungsgebieten zu schnell gefahren wird. Auf der einen Seite werden immer mehr verkehrsberuhigte Zonen geschaffen, andererseits kommt es jedoch regelmäßig zu Geschwindigkeitsübertretungen, weil diese Zonen bislang kaum überwacht werden“, schildert Bürgermeister Karl Schlögl aus der niederösterreichischen Gemeinde Purkersdorf im Gespräch mit KOMMUNAL.

Geschwindigkeitsübertretungen steigen

Die Erfahrungen aus den Gemeinden lassen sich an den Verkehrsüberwachungsbilanzen und der Verkehrsunfallstatistik der Statistik Austria verdeutlichen. Nach Angaben der Bundespolizei wurden 2013 4,87 Millionen Strafen wegen Geschwindigkeitsübertretungen ausgesprochen, um ein Prozent mehr als im Vorjahr. Experten betonen, dass die Hauptursache bei Unfällen mit Verletzten Unachtsamkeit ist, für Unfälle mit Todesfolge sind jedoch meist Geschwindigkeitsübertretungen verantwortlich. Laut Statistik Austria geschahen zwei Drittel aller Unfälle 2012 und 2013 im Ortsgebiet und nur jeweils ein Drittel auf Freilandstraßen. Die positive Nachricht jedoch ist, dass laut Statistik Austria sowohl die Zahl der Verkehrsunfälle, der Verletzten und

Toten 2013 gegenüber dem Jahr davor um durchschnittlich fast sechs Prozent zurückgegangen ist. Die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist jedoch für einen traurigen Rekord verantwortlich. Seit 2006 gab es in keiner anderen Gruppe mehr verunglückte Verkehrsteilnehmer.

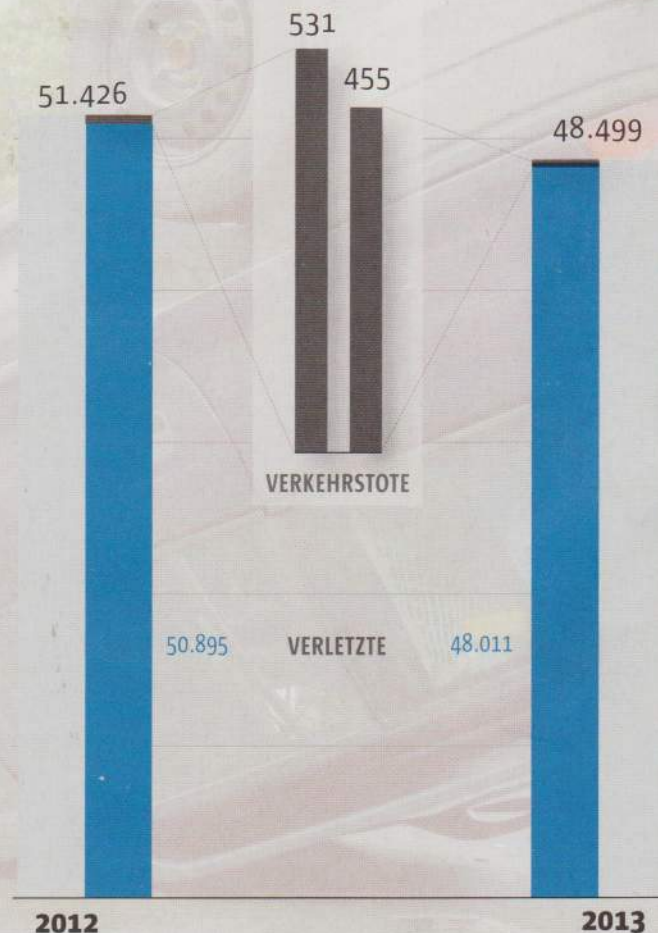
It's all about the money?

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer betonte in einer Stellungnahme, dass es den Gemeinden bei der Radarüberwachung nicht um das Abkassieren der Bürger, sondern um die Sicherheit im Straßenverkehr geht. „Es geht darum, dass wir endlich eine Handhabe gegen Raser im Ortsgebiet haben wollen“, so Mödlhammer. Auch GVV-Präsident Alfred Riedl betont: „Es geht hier nicht ums Abkassieren, sondern um die Sicherheit unserer Bevölkerung.“

VERKEHRSunFÄLLE



VERUNGLÜCKTE



Es wird auch niemand nach Belieben oder willkürlich Radargeräte aufstellen.“

Dadurch, dass Gemeinden laut Vorschlag der Innenministerin die Kosten für die Geräteanschaffung stemmen müssen, wird es kaum möglich sein, beliebig viele Radarboxen aufzustellen. Die Gemeinde Purkersdorf will mobile Radargeräte anschaffen. „Ziel muss es natürlich sein, dass wir die Anschaffungskosten wieder hereinwirtschaften können, aber leider mache ich mir in diesem Punkt keine großen Sorgen“, so Schlögl. In der Gemeinde Attnang-Puchheim will Amtsleiter Lindner noch abwarten, bis alle Details feststehen und geklärt ist, dass die Gemeinden die ihnen zustehenden Gelder bekommen. „Weil eine Radarbox immerhin 80.000 Euro kostet, müssen wir erst die hundertprozentige Sicherheit haben, dass die Einnahmen auch wirklich zu

100 Prozent an die Gemeinde gehen“, so Lindner.

Unabhängig bleiben

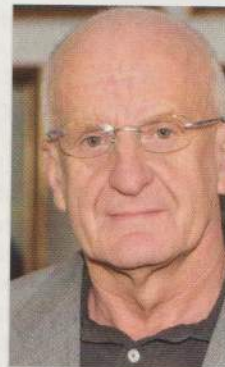
Hallein hat sich in der Radarüberwachung bereits vor Jahren selbstständig gemacht. Hier ist eine eigene, neunköpfige Stadtpolizei auf Streife, die von der Gemeinde auf die bundespolizeilichen Schulen geschickt wird. „Wir haben nur die besten Erfahrungen gemacht“, zeigt sich Bürgermeister Gerhard Anzengruber überzeugt. Die Geschwindigkeit in der Stadt wird durch flexible Lasertechnik überwacht. Somit kann auf negative Entwicklungen – anders als bei stationären Boxen – schnell eingegangen werden. Für Hallein ist der Vorschlag des Innenministeriums somit keine Option. „Wir setzen weiterhin auf unsere Stadtpolizei“, so Anzengruber gegenüber KOMMUNAL. ■

DAS SAGEN DIE GEMEINDEN:



Bgm. Karl Schlögl, Gemeinde Purkersdorf

In unserer Gemeinde gibt es laufend Beschwerden, dass vor allem in Siedlungsgebieten zu schnell gefahren wird. Ich halte daher vom Vorschlag der Innenministerin sehr viel. Wir als Gemeinde können besser auf die Wünsche unserer Bürger eingehen und die Polizei wird entlastet.



Franz Lindner, Amtsleiter Attnang-Puchheim

Ich persönlich finde den Vorschlag sehr gut. In unserer Gemeinde kommt es gerade auf den überregionalen Durchfahrtsstraßen immer wieder zu Geschwindigkeitsübertretungen und Unfällen. Die Polizei hat in der Vergangenheit zu wenig Personal und Ressourcen für die Radarüberwachung gehabt.

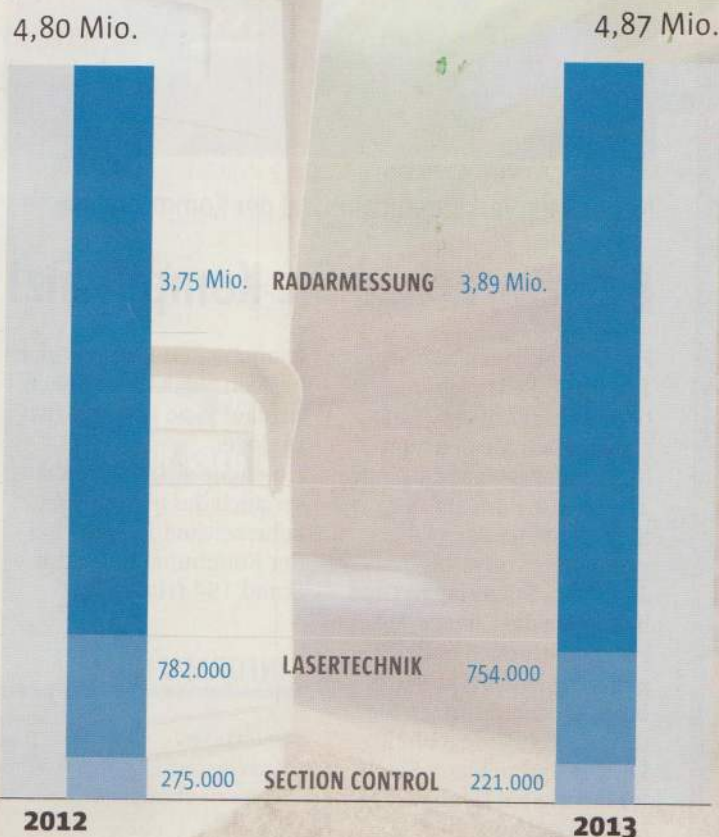


Foto: Stadttamt Hallein | Adi Aschauer

Bgm. Gerhard Anzengruber, Stadtgemeinde Hallein

In der Stadtgemeinde Hallein haben wir mit unserer eigenen Stadtpolizei nur die besten Erfahrungen gemacht. Wir werden diesen Weg auch weiter beschreiten und haben für die Zukunft auch personell auf neun Leute aufgestockt.

GESCHWINDIGKEITSÜBERTRETUNGEN



Ein Blick in die Statistik zeigt:

Radarmessungen sind die häufigste Methode, um Raser auf frischer Tat zu ertappen. 2013 wurden 4,87 Millionen Geschwindigkeitsübertretungen über Radar gemessen.

2013 gab es zwar mit 38.500 Verkehrsunfälle weniger Unfälle als 2012, nach wie vor ereignen sich aber zwei Drittel aller Unfälle im Ortsgebiet.

Die gute Nachricht: Die Zahl der Verletzten und Verkehrstoten ist gegenüber 2012 zurückgegangen.